

Haushaltseinbringung 2019

– Rede von Frau Bürgermeisterin Angelika Mielke-Westerlage bei der Ratssitzung am 30. Oktober 2018

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates und der Verwaltung, sehr geehrte Damen und Herren,

die Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht an uns die Erwartung, dass wir Probleme lösen, die sie beschäftigen, Verantwortung übernehmen und vorausschauende Entscheidungen für zukunftsfähige Projekte treffen.

Dabei sollten wir es auch mit Ludwig Erhard, dem Vater der sozialen Marktwirtschaft, halten, der stets gesagt hat: "Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken." Denn nachhaltige Lebensqualität bedingt auch solide Finanzen, die es auch nachfolgenden Generationen ermöglichen, bedarfsgerechte Investitionen zu tätigen.

In der Haushaltsdebatte schlägt immer die Stunde der Wahrheit.

Ich bin froh, dass ich Ihnen nach 8 Jahren, in denen wir zum Ausgleich des Haushaltes Schulden machen und unser Eigenkapital reduzieren mussten, auch für 2019 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann. Der Entwurf 2019 weist einen Überschuss von 403.800 €, aber auch im Finanzplanungszeitraum 2020 bis 2022 deutliche Überschüsse aus. Angesichts dessen, dass im Jahre 2018 von den 359 Mitgliedskommunen des Städte- und Gemeindebundes 128, d.h. gut ein Drittel sogar in der Haushaltssicherung sind, ein beachtlicher Erfolg, wie ich finde.

Es ist wohl eine besondere Eigenheit einiger in Meerbusch, sich nicht über Erreichtes zu freuen, sondern Positives anzuzweifeln.

In ihrer Rede benannte die SPD-Fraktion den mit der Haushaltssatzung 2017 beschlossenen Überschuss von 600.000 € als nicht zu erreichende Plangröße, die Ratskolleginnen und –kollegen der FDP-Fraktion kündigten gar ihre Zustimmung zum Haushalt 2018 an, falls die Planzahlen aus 2017 denn tatsächlich Realität würden.

Das vorläufige Ergebnis 2017 belegt, dass Plan und Haushaltsabwicklung übereinstimmen, der Überschuss wird voraussichtlich 650.000 € betragen. Die FDP hat trotzdem dem Haushalt 2018 nicht zugestimmt, ich halte ihnen zu Gute, dass die Ergebnisse 2017 zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushaltes 2018 noch nicht vorlagen. Deshalb möchte ich bereits jetzt ankündigen, dass wir auch für 2018 von einem positiven Ergebnis in der Haushaltsabwicklung ausgehen und die FDP ermuntern, die angekündigte Zustimmung dem Haushalt 2019 zu Teil werden zu lassen.

Im Finanzplan 2019 ist der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit dank positiver wirtschaftlicher Entwicklung mit einem Anstieg bei der Gewerbesteuer auf 31,3 Mio € sowie einem zu erwartenden Einkommensteueranteil von 41,9 Mio € größer als der Saldo aus Investitionstätigkeiten. Die geplanten Investitionen von 16,8 Mio € könnten durch den Überschuss und den Verkauf städt. Flächen, die wir für den Bereich Strümpfer Busch mit 2,4 Mio €, für die Fläche am Alten Teich mit rd. 1,2 Mio € und den Spielplatz Schwanenhof mit 300.000 € veranschlagt haben, decken.

Im Zeitraum bis 2022 wird nicht nur keine Kreditaufnahme erforderlich; im Gegenteil, vielmehr sind Tilgungsleistungen von rd. 18,7 Mio. € vorgesehen. Dadurch können wir unseren Schuldenstand auf 78,7 Mio € runterfahren und Zinsleistungen reduzieren.

Ein einfaches Vorgehen, die Einnahmeseite zu verbessern, ist die Anhebung der Realsteuern. Mir war und ist es ein Anliegen, die Hebesätze stabil zu halten und damit unsere Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich zur Kasse zu bitten.

Die Hebesätze für die Grundsteuer B sind im 9. Jahr unverändert, die Grundsteuer A im 8. Jahr. Im Gebührenbereich ergeben sich in der Summe Erhöhungen, die sich für einen 4- Personen Musterhaushalt mit nur 1,15 €/Monat niederschlagen.

Für die Gewerbesteuer ist der Hebesatz von 450 % - dies entspricht dem Durchschnitt der NRW-Kommunen - seit 2013 unverändert.

Der Haushalt, meine Damen und Herren, ist der Eckpfeiler des kommunalpolitischen Wirkens. Der Entwurf, der Ihnen vorliegt, enthält insofern mehr als nüchterne Zahlen. Er setzt begonnene zukunftsfähige Projekte fort, er formuliert Herausforderungen, Ziele und Maßnahmen für die Weiterentwicklung unsere Stadt.

Ein zentrales Thema, das uns in den vergangenen Monaten intensiv beschäftigt hat, ist die Bereitstellung von Wohnraum.

Mit der **Wohnraumbedarfsanalyse**, dem **Konzept Wohnen in Meerbusch** und darauf aufbauend unserem **Stadtentwicklungskonzept** hat der Rat vor der Sommerpause eine strategische Entscheidung für eine bedarfsgerechte Wohnbaulandentwicklung getroffen. Für die Umsetzung der Entwicklung der größten Siedlungsfläche (Vangsheide/Kalverdonksweg/Kamper Weg mit rd. 700 WE ist der verfahrensleitende Beschluss für die Durchführung eines Wettbewerbsverfahrens mit einer Planungswerkstatt gefasst.

Fortgeführt wird das Verfahren für die Siedlungsentwicklung am Standort der ehemaligen BGS, im Herzen von Osterath. Dort sollen 120 WE, überwiegend kleinere, zentrumsnahe Wohnungen entstehen. Die Zielgruppe sind insbesondere ältere Mitbürger, denen wir attraktives Wohnen in einem gewachsenen Umfeld anbieten wollen.

Die hohe Nachfrage nach Wohnungen hat bereits während des Konzeptionsprozesses zu einem deutlichen Anstieg des Bautätigkeitsniveaus – in der Vergangenheit waren es im Durchschnitt netto nur 46 Neubauwohnungen pro Jahr - geführt. In den Jahren 2017 – 2020 sind, bzw. werden rd. 700 zusätzliche WE entstehen, davon rd. 210 WE im sozialen Wohnungsbau. Die Schaffung der Voraussetzungen für weitere rd. 1.200 WE sind Teil unseres Wohnbaulandentwicklungskonzeptes.

Im Kontext der Siedlungsentwicklung in Osterath und der Beseitigung der Bahngleise, die heute den Ortsteil trennen, wollen wir ein **Handlungskonzept für den Ortskern Osterath** erstellen und hoffen für die Realisierung der Maßnahme auf die finanzielle Unterstützung des Landes durch Städtebauförderungsmittel.

Das Thema, das die Bürgerinnen und Bürger nach wie vor mit am stärksten bewegt, ist die angespannte Verkehrslage. Die Optimierung der Verkehrsinfrastruktur - auf allen Ebenen - hat daher im nächsten und auch den folgenden Jahren höchste Priorität. Als Grundlage soll ein gesamtstädtischen **Verkehrsentwicklungsplan** erstellt werden, für den Mittel im Haushalt

eingestellt sind. Neben Maßnahmen zur Optimierung des Individualverkehrs müssen wir, auch mit Blick auf die voranschreitende Urbanisierung und die einhergehende Zunahme von Fahrzeugen, im Rahmen unserer Möglichkeiten die Attraktivität des ÖPNV steigern. Wir wollen zudem durch die Umsetzung der Maßnahmen unseres **Radverkehrskonzeptes** für Kurzstrecken eine adäquate Alternative zum Individualverkehr schaffen und unsere Straßen entlasten.

Ebenfalls Mittel eingestellt haben wir für die Erstellung von Studien für das mit Krefeld zu entwickelnde **interkommunale Gewerbegebiet**.

In der Phase der Konkretisierung befindet sich das **Einzelhandelskonzept**, bei dessen Erstellung die Situation der Nahversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger nach Ortsteilen untersucht wurde. Die vorläufigen Ergebnisse geben Anlass einer deutlichen Nachsteuerung in Büderich, insbesondere aber für den Ortsteil Lank.

Durch die Erstellung eines **Sportstättenentwicklungsplanes** mit Begleitung des Institutes für kooperative Sportentwicklung, dessen Ergebnisse und Empfehlungen in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport vorgestellt wurden, liegt uns eine fundierte Grundlage für zukunftsorientierte Investitionen auch im Sportbereich vor. Für investive Maßnahmen, die während der Haushaltsberatungen noch zu konkretisieren sind, sind 587.000 € in 2019 eingestellt.

Als strategisches Konzept ebenfalls beschlossen wurde das **Spielplatzkonzept**, dessen Umsetzung im Haushalt 2019 ff. abgebildet ist.

Ich denke, unser konzeptionelles Vorgehen in den von mir genannten Bereichen bildet eine fundierte Grundlage für unser Wirken und die Haushalte der nächsten Jahre.

Ich möchte nun auf die größeren Haushaltspositionen eingehen.

Die größte Position auf der Aufwandseite sind mit 39,9 Mio € die **Personalaufwendungen**, von denen 238.000 € auf Dozenten honorare bei der VHS entfallen. Kalkuliert sind Tarif- und Besoldungserhöhungen, aber auch einige Mehrstellen in der Verwaltung, deren Einrichtung ich aufgrund von Aufgabenentwicklungen für unabdingbar halte. Mit einer Steigerung von knapp 570.000 € auf nunmehr 3,45 Mio € schlagen die Versorgungsaufwendungen zu Buche, 4,6 Mio € haben wir als Zuführung zu den Pensionsrückstellungen vorgesehen.

Nicht kalkuliert sind Änderungen der Auswirkungen aus der neuen sog. Heubeck-Tabelle zur Änderung der Lebenszeit. Hier wird Herr Fiebig Ihnen über ggf. zu ziehende Konsequenzen berichten.

Die zweitgrößte Einzelposition auf der Aufwandsseite ist die **Kreisumlage**. Wir haben sie mit einem Hebesatz von 37,5% und einem effektiven Betrag von rd. 28,3 Mio €, 2,8 Mio € mehr als im laufenden Jahr, zuzgl. der SGB II-Beteiligung von 1,65 Mio €, ausgewiesen. Die von uns mit 3,1 Mio € eingeplante Verbesserung der Gewerbesteuererinnahmen wird damit bis auf 300.000 € aufgezehrt. Die Ursache für die Erhöhung liegt in der Finanzierungssystematik; betrug der Meerbuscher Anteil an der Gesamtsteuerkraft der Gemeinden im Kreis Neuss 2018 9,9% beträgt er in 2019 11,77 %.

Auch finanzpolitische Schwerpunkte sind 2019 wieder die Bereiche Betreuung und Bildung. Für die Betreuung unserer Kleinsten sind rd. 22 Mio € veranschlagt, pro Kind wird der Haushalt in

der Tagespflege 7.500 €, in der Kita 4.500 € aufbringen. Das Elternbeitragsaufkommen liegt bei rd. 3,5 Mio €, Land und Bund beteiligen sich mit 9,6 Mio €.

Investiv sind 2,7 Mio € für den Neubau einer dringend benötigten zusätzlichen Kindertagesstätte in Büberich eingeplant. Das Neubauvorhaben war bereits für das laufende Jahr auf einer städt. Fläche angrenzend an der Hermann-Unger-Allee konkret geplant, da wir sowohl höhere Geburtenraten verzeichnen als auch die Betreuung von Kindern aus zugewanderten Familien die Bedarfszahlen erhöht haben. Als Ergebnis von Gesprächen mit der Bezirksregierung Düsseldorf konnte für die Planung keine Genehmigung in Aussicht gestellt werden, da sich die Fläche am Rande der Tag-Lärmschutzzone des Flughafens befindet. Hinweise, dass sich in diesem Bereich bereits zwei Grundschulen und zwei Kitas befinden, konnten die Regierungspräsidentin aus Rechtsgründen nicht überzeugen.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen baulichen Anforderungen an die Errichtung von Kindertagesstätten angefangen von einem Flächenbedarf von 500 qm/Gruppe auf der einen Seite, aber auch einer zeitnahen Flächenbebaubarkeit auf der anderen Seite, hat sich die Suche nach einem geeigneten Grundstück in Büberich als sehr schwierig dargestellt. Als Ergebnis von Gesprächen mit der evgl. Kirchengemeinde zeichnet sich nunmehr eine Lösung auf dem Grundstück an der Dietrich-Bonhoeffer-Str. ab. Für die Übergangszeit prüft die Verwaltung derzeit Interimslösungen, um die Versorgungslücke zu schließen.

Für den Neubau einer Kindertagesstätte auf der zu entwickelnden Fläche Ivangsheide sind im Finanzplan ebenfalls 1,7 Mio €, als Gesamtinvestitionsaufwand 2,9 Mio € ausgewiesen. Auch hier werden derzeit zur Schließung einer Versorgungslücke Interimslösungen geprüft.

Die Schule ist für unsere Kinder und Jugendlichen für ihr weiteres Leben ein prägender Ort. Neben Maßnahmen der baulichen Unterhaltung wollen wir in die Zukunftsfähigkeit unserer Schulen investieren und den geänderten Anforderungen einer modernen und zeitgemäßen Schullandschaft Rechnung tragen. 1,2 Mio € sind im Ergebnisplan für Maßnahmen der baulichen Unterhaltung eingeplant. Die größte investive Einzelposition im Finanzplanungszeitraum betrifft mit 7,3 € die Fassadensanierung und die Verbesserung des Lernumfeldes an der städt. Maria-Montessori-Gesamtschule. Für diese Maßnahme haben wir Fördermittel des Bundes beantragt. Mit 3,2 Mio € ist die Sanierung der Mauritiuschule vorgesehen.

Für die digitale Modernisierung unserer Schulen haben wir 300.000 € an Investitionen für leistungsfähige Breitbandverbindungen und den Aufbau einer WLAN-Infrastruktur ausgewiesen, darüber hinaus 100.000 € für Betriebskosten. Ich hoffe, dass die Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden können.

Ein Thema, dem wir uns im laufenden Jahr ebenfalls konzeptionell widmen wollen, ist der Ausbau des Ganztags. Die steigende Nachfrage führt zunehmend zu Engpässen, insbesondere auch im Bereich der Mensen.

Die Zuweisung von Flüchtlingen ist im laufenden Jahr weiter rückläufig. Bis Ende September haben wir 110 Zuweisungen erhalten, 2016 waren es 276. Insgesamt waren nach Stand Ende September 494 Menschen in den Unterkünften bzw. Privatwohnungen, untergebracht. Von 600 vorgehaltenen Plätzen sind gut 160 nicht belegt.

127, also rd. ¼ der Flüchtlinge haben einen Duldungsstatus, darüber hinaus sind 55 Flüchtlinge sicheren Herkunftsländern zuzurechnen. Mit einer Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes

noch unter der alten Landesregierung, wurde die Kostenerstattung für ausreisepflichtige Flüchtlinge auf 3 Monate nach Abschluss des Asylverfahrens begrenzt, so dass die Aufwendungen für diese Personengruppe, soweit keine Ausreise erfolgt, zu Lasten der Kommunen geht. Insofern klafft zwischen Aufwand – in 2019 3,45 Mio € - und Erstattungen – 2,1 Mio €, eine Lücke von 1,35 Mio €. Hier sind Bund und Land gefordert, für eine 100%-ige Kostenerstattung an die Kommunen zu sorgen.

Für größere Projekte sind im Gesamtfinanzplanungszeitraum insgesamt 57,6 Mio € eingeplant. Die Neubaumaßnahmen im Kita-, Schul- und Sportbereich hatte ich bereits benannt. Als größere bisher noch nicht benannte Maßnahme ist der Ausbau des Forums Wasserturm mit 630.000 € finanziert, rd. 2,7 Mio stehen für investive Maßnahmen im Bereich der Feuerwehr zur Verfügung.

Ein Projekt, welches seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung steht, ist die Bahnunterführung Meerbusch Osterath. Die Eisenbahnkreuzungsvereinbarung ist unterschrieben, in diesem Jahr soll der Spatenstich und in 2023 die Fertigstellung erfolgen. Gut 5,8 Mio.€, 400.000 € mehr als noch in 2018, sind für das langersehnte und wichtige Projekt vorgesehen.

Eine Maßnahme im Kontext dieses Projektes ist der Neubau einer neuen Hauptwache für unsere Feuerwehr. Nach vorläufiger Planung soll das Gerätehaus an der Hochstr. aufgegeben und der Löschzug Osterath an der Insterburger Str. untergebracht werden. In zentraler Lage, voraussichtlich in Strümp, soll eine neue Hauptwache errichtet werden. Für die Planung sind 150.000 € als VE eingestellt.

6,2 Mio €, insgesamt 8,0 Mio €, sind für ein Bürgerhaus in Osterath eingeplant. Die Bereitstellung von Mitteln ist Voraussetzung für einen Zuschussantrag. Zur Zeit laufen noch Prüfungen, wie ein Raumangebot jenseits von Bibliothek, Bürgerbüro, Unterrichtsräume für VHS und Musikschule und einem Saal im Hinblick auf eine adäquate Nachfrage gestaltet werden kann. Bisherige Gespräche mit Gutachtern haben hierzu zu keinem überzeugenden Ergebnis geführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren;
der Haushaltsentwurf ist ein Gemeinschaftswerk der Verwaltung: Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bereiche für ihre Vorarbeit, ihre Ideen und die konstruktive Diskussion. Mein besonderer Dank gilt den Beschäftigten der Kämmerei, die wieder viel Arbeit und Kraft in diesen Plan gesteckt haben.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf unserer Verantwortung gerecht werden. Wir gehen sorgsam mit den uns anvertrauten Mitteln um und planen Investitionen, die den Menschen in unserer Stadt zugutekommen.

„Der Haushalt ist der beste, in dem man nichts Überflüssiges will und nichts Notwendiges entbehrt“ – diese Weisheit des alten Plutarch war uns bei der Erstellung des Etatentwurfs Richtschnur.

In diesem Sinne wünsche ich uns nun konstruktive Beratungen zum Haushalt 2019 und dass wir gemeinsam zu einem guten Ergebnis kommen. Lassen Sie uns dabei über den Tag hinaus schauen, vor allem das Gemeinsame, nicht ausschließlich das Trennende suchen. Denn nur gemeinsam können wir das Beste erreichen und unsere schöne Stadt zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln.

Herr Stadtkämmerer Fiebig wird Ihnen nunmehr in gewohnter Art und Weise letztmalig das Zahlenwerk des Haushalts näher erläutern. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.